

Ver.di Berlin-Brandenburg
Arbeitskreis Alterssicherung

Probleme der Senioren in unserer Gesellschaft

Berlin im August 2005

Senioren	3
Die Senioren in Deutschland und die soziale Lage	6
Die wahren Ursachen des Sozialabbaus und kapitalistische Einsichten	10
Zu viel Senioren – zu wenig Geld	16
Senioren in unserer Gewerkschaft	20

Senioren

Heute wird die Bezeichnung Senioren allgemein für eine Bevölkerungsgruppe verwandt, die das Erwerbsalter überschritten hat. Die Bewertung ihrer Rolle in der Gesellschaft war und ist höchst unterschiedlich. Bei den Urvölkern und in der Antike wurden die älter gewordenen Teile der Gesellschaft zumeist hoch geehrt. Der Philosoph und Schriftsteller Lafargue schrieb im vorigen Jahrhundert in seinem Werk „Der Ursprung der Ideen des Gerechten und Ungerechten“: „Das Alter, dem Achtung gezollt wird, ist das erste Vorrecht, das sich unter den Menschen geltend macht. Es ist das einzige Vorrecht, dem man bei wilden Stämmen begegnet.“¹ Und ein deutsches Sprichwort besagt: „Alte soll man ehren und Junge soll man lehren, Weise soll man fragen, Narren ertragen!“²

Wir als Senioren wollen uns nicht über jene Generationen erheben, die nach uns kommen und auch mal Senioren werden. Im Gegenteil, wir wollen ein harmonisches Zusammenleben aller Altersgruppen. Wenn wir helfen, Wahrheit und Lüge im gesellschaftlichen Leben besser auseinander zu halten, so liegt das im Interesse aller Generationen, denn sie sind alle aufeinander angewiesen. Wer bewusst Keile zwischen sie zu treiben versucht, stellt sich gegen die Logik menschlichen Zusammenlebens und kann nur unlautere Absichten verfolgen.

Wenn dann noch manche Politiker und ausgewählte „Berater“³, die eine zumeist unbekannte neue Kampftruppe des Neoliberalismus zur Volksverdummung darstellen, die steigende Lebenserwartung der Älteren in erster Linie als etwas Negatives, die Gesellschaft und vor allem die jüngeren Generationen Belastendes hinstellen, entsteht Unrecht. Wenn längeres Leben zunehmend materiell bestraft wird, dann ist eine Gesellschaft krank, denn sie versündigt sich am menschlichen Leben und allen humanistischen und christlichen Werten! Sie bringt sich selbst in Gefahr, wenn sie gesellschaftliche Spannungen zwischen den Generationen schürt! Rechte Populisten wittern nicht nur in Deutschland eine Chance!

In Europa und vor allem in der Europäischen Kommission beschäftigt man sich schon seit längerem mit den Problemen der Senioren und ihrer wachsenden Zahl. Im EG-Vertrag ist der Schutz vor Diskriminierung aus Gründen des Alters verankert, in der Grundrechtcharta sind es „die Rechte der älteren Bürger“.⁴ Die Europäische

¹ Paul Lafargue, Vom Ursprung der Ideen, Ausgewählte Schriften, Dresden 1970, S. 30

² Sprichwörterbuch, Leipzig 1984, S. 35

³ Vgl. hierzu: Werner Rügemeier (Herausg.), transcript Verlag für >Kommunikation, Kultur und soziale Praxis, Bln. 2005

⁴ Artikel 13 EG-Vertrag (Vertrag von Amsterdam) sowie Art. 21 und 25 der in Nizza am 7.12.2000 verabschiedeten Charta

Kommission hat 2002 darüber hinaus ein weiteres „Grünbuch“ verabschiedet mit dem Titel **„Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“**.⁵ Wir glauben, allein schon aus dieser Überschrift spricht eine andere gesellschaftliche Orientierung, als jene, die vielfach in Deutschland publiziert und praktiziert wird.

Gerade in Westeuropa leben die Menschen länger und gesünder, was ja für jeden Humanisten und die Jüngeren in der Familienkette ein Grund zur Freude sein müsste. Viel weniger erfreulich ist, dass die **Geburtenrate** (prozentualer Zuwachs an Geburten in Bezug auf die jeweils existierende Gesamtbevölkerung ohne Berücksichtigung der höheren Sterberate) in Westeuropa auf 1,5 gesunken ist (in Portugal liegt sie bei 1,98, in Deutschland nunmehr bei 1,26 mit fallender Tendenz). Die Debatte darüber, welche gesellschaftlichen und ideellen Bedingungen geschaffen werden müssen, um diese verheerende Entwicklung zu stoppen, hat begonnen. Im Jahre 2030 wird es in Europa laut EU-Angaben 18 Mio. Jugendliche weniger geben.⁶

Bei allen Mängeln und negativen Tendenzen ist trotzdem festzuhalten, dass die Fürsorge für ältere Bürger in Westeuropa am weitesten fortgeschritten ist (Ruhestand, Renten, Pflege, Gesundheitsversorgung, Aktivitätszentren, Freizeitgestaltung). Jedoch gibt es zwischen den einzelnen Ländern gravierende Unterschiede. Das betrifft vor allem die Lebensarbeitszeiten, den Schutz vor Altersdiskriminierung und Altersarmut, den Sozialschutz allgemein, die rechtzeitige Einstellung der Haushaltspolitik auf demografische Veränderungen, die Förderung der Geburtenfreudigkeit.

So gilt es in Frankreich als gut und normal, dass die Mütter arbeiten gehen und sich auf Ganztagschulen und ein gutes Kinderversorgungssystem stützen können. Nicht arbeitende Frauen werden in Frankreich und in anderen europäischen Staaten wenig geschätzt! In Deutschland dagegen wird eine arbeitende Mutter in weiten Landesteilen immer noch scheel als „Rabenmutter“ angesehen. Die Systeme der Kinderbetreuung sind in unseren westlichen Landesteilen in erschreckender Weise vernachlässigt worden.

⁵ Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Europäische Kommission, Soziale Lage und Demografie, Pressemitteilung IP/05/322

⁶ Ebenda

Die Alterspolitik der Europäischen Union fordert „eine **Gesamtstrategie sich potenzierender Maßnahmen**, die das volle Potenzial der Menschen **aller Altersgruppen** ausschöpft.“ Diese Strategie soll ausgehen von der **Gesamtlebensperspektive** des Menschen von der Geburt, der Kindheit, Erziehung und Ausbildung, der Wahrnehmung der Eltern- und Großelternrolle, ja, immer mehr der Urgroßeltern- und Ururgroßelternrolle bis zum unausbleiblichen Tod - und das in solidarischer Feinabstimmung zwischen den Generationen. .Auf der Grundlage dieser Strategie soll eine „**Politik des aktiven Alterns**“ Wirklichkeit werden. Komponenten dieser Politik sollen sein: eine aktive Selbst- und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen, auch den höchsten, lebenslanges Lernen, Arbeitsmöglichkeiten auch für Ältere, ein schrittweiser Übergang in den Ruhestand, gesundheitsfördernde Maßnahmen.

Vor allem soll das „**Altersmanagement**“ am Arbeitsplatz und auf den Arbeitsmärkten verändert werden in Richtung Verlängerung und Wiedereingliederung älterer Bürger, wenn bei diesen der Wunsch zur Arbeit besteht und der Gesundheitszustand es zulässt. So die Analyse und die Empfehlungen der Europäischen Union. Um die höheren Ausgaben für Renten und Gesundheitswesen zu kompensieren (in den laufenden 5 Jahren geht es in Westeuropa um 3,5 bzw. 2,3% des Bruttoinlandsproduktes) wird vor allem eine Rückführung der öffentlichen Verschuldung und der damit verbundenen hohen Zinszahlungen verlangt. Die Maastrichtkriterien, die Deutschland fortlaufend vernachlässigt hat, zielen gerade darauf ab. Es geht also um strategische gesellschaftliche Orientierungen..

Wir halten die Feststellung des EU-Grünbuchs für richtig, dass die „Chronologie und die Geschwindigkeit des demografischen Wandels sowie die Problemwahrnehmung und die soziale und wirtschaftliche Reaktion seitens der Regierenden und der Gesellschaften hierauf in den europäischen Ländern **sehr unterschiedlich** verlaufen“. Das sehen wir an der heutigen Realität in Deutschland und an von konservativen Kräften anvisierten neuen sozialpolitischen Fehlleistungen.

Sie stehen den Erfahrungen benachbarter Länder, beschlossenen europäischen Orientierungen und vorgeschlagenen einheitlichen sozialen Standards entgegen!

Die Senioren in Deutschland und die soziale Lage

In Deutschland konnte man bislang keine „Gesamtstrategie sich potenzierender Maßnahmen, die das Potenzial der Menschen aller Altersgruppen erfasst“, erkennen, auch keine „Politik des aktiven Alterns“ und kein „Altersmanagement“. Selbst das von der EU vorgegebene Antdiskriminierungsgesetz scheiterte im Bundesrat am Widerstand von CDU/CSU und FDP!

Strategisch gesehen wäre eine weit vorausschauende Haushaltspolitik, eine total andere Neuverteilung der angesichts fortschreitender Automatisierung immer mehr abschmelzenden lebendigen Arbeit vonnöten. Es würde wahrscheinlich ein Jahrhundertwerk erfordern, um die Zukunft der Arbeit unter diesen Bedingungen völlig neu zu gestalten und dem Staat sichere Einnahmen zu gewährleisten. Faktisch betriebswirtschaftlich angelegte Klein-Klein-Lösungen unter ständigem Missbrauch des Wortes „Reform“ und der Einführung solcher „volkstümlichen“ Anonyme, wie „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ lassen keine Lösung der sozialen Grundfragen auf lange Sicht zu. Wer so herangeht, wie bisher, lässt sich mit einem Autobesitzer vergleichen, der Lackkratzer an seinem Wagen überpinselt, aber außer Acht lässt, dass es eigentlich um einen schweren Motor- oder Getriebschaden geht!

Ausreichend Menschen in Arbeit – das ist der Schlüssel zur Lösung vieler anderer Fragen. Davon hängt das Funktionieren der Gesellschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme generell und besonders für jene ab, die nicht mehr im Erwerbsprozess stehen und sich am wenigsten wehren können.

Die heutige Realität, die Erfahrungen der letzten Jahre mit Nullrunden bei den Renten und verkappten Rentenkürzungen, wie zum 1.07.2005, mit den Nachhaltigkeitsdebatten und dem Alterseinkünftegesetz, vor allem aber die Absicht maßgeblicher Kreise in der CDU/CSU und FDP, schon 2006 „negative Rentenanpassungen“ in Gesetzesform zu gießen, lässt für die Senioren die Alarmglocken schrillen! Wie das Bundessozialgericht festgestellt hat, waren bereits die Nullrunden der letzten Jahre bei gleichzeitigen Gehaltssteigerungen in einigen Ländern (z.B. stiegen die Bruttolöhne in Brandenburg 2004 um 2,7%!) ein Eingriff in den Eigentumsschutz.⁷

Ab 2006 richtet sich die Rentenanpassung nicht mehr nach dem Anstieg der Bruttolöhne, sondern nach der Erhöhung der Einkommen, für die Beiträge gezahlt

⁷ „Deutsche Angestelltenversicherung“, Heft 5/2005, S. 255 ff.

werden. Da wirkt sich Hartz IV für die Rentner verheerend aus! ⁸ Der CDU-Sozialexperte Andreas Storm verkündete im Juni 2005, dass, falls diese Regelung schon 2005 Anwendung gefunden hätte, eine Rentenabsenkung zum 1. Juli 2005 um 0,3 % die Folge gewesen wäre. Nach der Bundestagswahl werde es daher die nächste „große Rentenreform“ geben. ⁹

Nach Ansicht von Walter Hirrlinger, Präsident des Sozialverbandes VdK, wird dann ein Großteil der Altersbezüge auf Sozialhilfeniveau absinken. In den letzten zwei Jahren hätten die Rentner durch die Erhöhung der Beiträge zur Pflege- und Krankenversicherung bereits Rentenkürzungen von 1,3 % erlitten, zum 1.7.05 kam eine weitere um 0,45 % hinzu.

Horst Seehofer, stellvertretender Parteivorsitzender der CSU und derzeitiger Präsident des VdK in Bayern rechnete am 28.06.05 in der ARD-Sendung „Report 21“ vor, dass einer Rentnerin mit 1000 Euro Rente durch die verdeckten Rentenkürzungen, die höheren Arzneimittelkosten, die Arztpauschalen und die Inflation eine ganze Monatsrente im Jahr verloren geht (im Monat 118 Euro). Seehofer unterstreicht zudem, dass die Rentnerinnen und Rentner im Zuge der als „Reformen“ ausgegebenen sozialen Einschnitte mit Nullrunden und Erhöhungen der Gesundheitsabgaben alle Auswirkungen der demografischen Entwicklung längst kompensiert haben. Weitere Einschnitte seien nicht zuzumuten. Eine Erhöhung des Rentenalters bedeute nichts anderes, als eine Rentenkürzung. ¹⁰

Adolf Bauer, der Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SovD) bezeichnete die Forderung nach Senkung des Rentenniveaus als unerträglich. Das „bedeute nichts anderes als eine unbarmherzige und kalte Enteignung der Versicherten und Rentner, die mit ihren jahrzehntelangen hohen Rentenbeiträgen Anwartschaften auf eine Altersrente erworben haben.“ ¹¹

Professor Bert Rürup hat ausgerechnet, dass die Leistungsrücknahmen für die Senioren seit 1992 zirka 40 % betragen! ¹² Ein Wunder, wie ruhig die Senioren dabei geblieben sind! Aber immer mehr von ihnen durchschauen die Versuche, auf Umwegen Rentensummen einzusparen und Rentnerjahrgänge – möglichst bis zur „biologischen Endlösung“ - in die Sozialhilfe zu verdammen. Pauschale Rentenkürzungen verstoßen gegen das Prinzip sozialer Gerechtigkeit und stellen

⁸ „Hartz-Reform schröpft Rentner“, in: „Der Spiegel“ 2005, Nr. 29 vom 18.07.05, S. 68

⁹ Ebenda, S. 255

¹⁰ „Berliner Zeitung“ vom 24.06.05

¹¹ Ebenda

¹² „Berliner Zeitung“ vom 9./10.05.03

eine Diskriminierung eines großen Teils der Senioren dar! Sie fördern in der Tendenz eine Vergrößerung der Altersarmut. Wer das Rentenniveau senkt, senkt das Niveau des sozialen Ausgleichs und betreibt Diebstahl an ein ganzes Leben lang erworbenen Ansprüchen. Das vernichtet das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft – und damit ein gewichtiges Kapital. Wer das tut, spielt auf lange Sicht gesehen mit dem Feuer!

Um altenfeindliche Orientierungen durchzusetzen, wird in Deutschland bewusst verschwiegen, dass in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern, ja selbst in Russland, ein Rentenalter (mit Vollrente) mit 60 Jahren bei den Männern längst Wirklichkeit ist, wie auch eine viel kürzere Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeit, als beim Exportweltmeister Deutschland. In Frankreich beträgt das offizielle Rentenalter für beide Geschlechter seit langem 60 Jahre. Es liegt bei den Frauen oftmals deutlich darunter. Im Krankheitsfall zahlt die Gesetzliche Krankenkasse 65 %, die Arbeitgeber fügen für 6 Wochen 35% hinzu.¹³

Dänische Arbeitslose erhalten bei Arbeitslosigkeit 89 % des letzten Nettogehaltes und haben Anspruch auf Zahlung, Ausbildung und Vermittlung, bis sie neue Arbeit haben. Das kostet die Dänen 40% mehr in der Arbeitsmarktpolitik, was höhere Steuern verlangt. Doch in Dänemark steigen die Löhne weit über der Inflationsrate. Der wachsende Reichtum aus fortschreitender Produktivität erreicht die ganze Bevölkerung. Das schafft Zufriedenheit und gesellschaftliche Stabilität!

Warum geht das nicht in Deutschland?

Bis in die 80er Jahre hinein liefen hier Gewinn- und Investitionsquote parallel. Seit einigen Jahren bleibt die Investitionsquote zurück. Die Profite auf den Finanzmärkten sind lukrativer! Aber erst bei einer Erhöhung des Wachstums durch Investitionen von mindestens 2,3 % könnte ein neuer Arbeitsplatz entstehen.

Auch die Privatisierung, die Verscherbelung des „Tafelsilbers“, wie zuletzt unter Finanzminister Eichel, zeitigt für den Staat mit seiner Hochverschuldung nur einmal einen Ertrag, dann nicht mehr ihm, sondern den privaten Eigentümern.

Schon die CDU-Regierung Kohl verlangte von der Masse der Bürger „Opfer“, um angeblich den „Standort Deutschland“ zu stärken.¹⁴ Blühm („Die Rente ist sicher!“)

¹³ „Berliner Zeitung“ vom 24.06.05; Vgl. auch O. Kaufmann, „Die Reform der Alterssicherung in Frankreich: eine unendliche Geschichte“, in „Deutsche Angestelltenversicherung“ 2002, Heft 9, S. 329 f. sowie Brigitte Lestrade, „Die arbeitsmarktpolitischen Initiativen in Frankreich mit dem Regierungswechsel 1997“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bln. 1998, S. 519 f.f.

¹⁴ Vgl. Dieter Klein, „Wo bleibt der produzierte Reichtum? in: rls, standpunkte 1/2003

nahm 1994 den deutschen Frauen 5 Rentenjahre weg, was besonders die zumeist in Beschäftigung stehenden ostdeutschen Frauen schwer treffen musste.

Es war auch die Regierung Kohl, die in die Rentenformel einen „demographischen Faktor“ „einbaute“. Statt bei 70% sollte im Jahre **2030** das Rentenniveau eines Durchschnittsverdieners bei 64 % liegen. Dagegen lief die SPD damals Sturm. Im Wahlprogramm der SPD von 1998 hieß es:“ Die Kürzung des Rentenniveaus würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen...Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren.“ Nachdem Rot-Grün bei der Bundestagswahl gesiegt hatte, nicht zuletzt mit den Rentnerstimmen, wurde der „demographische Faktor“ als unsozial und in die Armut treibend, tatsächlich, und dafür sei Dank, für 2 Jahre ausgesetzt.

Die Aussagen der SPD waren und sind natürlich auch heute noch zutreffend. Nur hat sich: Rot-Grün davon in prekärer Haushaltslage Schritt für Schritt verabschiedet. Man gab jenen Demagogen nach, die das längere Lebensalter der Senioren als Ursache der finanziellen Staatsmisere ins Feld führen. Die Rentner von heute würden ja länger leben und mehrere Jahre länger Rente beziehen. Das würde den Staatshaushalt und die jüngeren Generationen unerträglich belasten.

Dieses „gängige“ Argument wird den Bürgern regelrecht eingetrichtert und mit irreführenden Zahlenspielen verbrämt, um von den wirklich relevanten gesellschaftlichen Ursachen der finanziellen Schieflage des Staates gezielt abzulenken. Dass die Rentner inzwischen reichlich zur Kasse gebeten wurden, wird heruntergeredet und als unvermeidlich hingestellt. Dass der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandprodukt heute genau so hoch ist, wie 1975, nämlich 13,75% ¹⁵, wird verschwiegen. Die Verbreitung von Falschwörtern wurde systematisch ausgebaut. Aus Kapitalismus wurde eben mal so „die Wirtschaft“, „Reiche“ werden durch den Begriff „Besserverdienende“ geschönt, Arbeitnehmer sind „abhängig Beschäftigte“ oder „Geringverdiener“. Entlassungen auf Knall und Fall – das ist eine „Flexibilisierung der Arbeitswelt“.¹⁶

¹⁵ Harald Schumann, „Wer nicht richtig rechnet- Rot-Grün betreibt eine Umverteilung von unten nach oben und verschärft so die Wirtschaftliche Lage des Landes“, in: „Der Tagesspiegel“, 10.10.2004

¹⁶ Vgl. Ivan Nagel, Das Falschwörterbuch, Berliner Taschenbuchverlag Berlin 2004

Die wahren Ursachen des Sozialabbaus und kapitalistische Selbstkritik

Wenn wir auf Irreführungen und Verlogenheiten im Zusammenhang mit dem Sozialabbau bei den Senioren hingewiesen haben, liegt es nahe, nach den wirklichen Ursachen zu fragen.

Deutschland ist insgesamt gesehen ein reiches Land mit moderner Industrie und Infrastruktur, einem weit verzweigten Bildungssystem und beachtlichen kulturellen Leistungen. Deutschland ist hoch produktiv und seit Jahren Exportweltmeister.

Es ist daher geradezu paradox, wie private Medienmacht die einfache Wahrheit verdrängt: Das Bruttoinlandprodukt wächst, der Wertzuwachs erreicht neue Höhen, aber die Bevölkerung soll immer weitere soziale Einschnitte hinnehmen, weil angeblich „sozialstaatliche Spielräume“ versiegen. Da drängt sich eine einfache Frage auf: **Wo bleibt der gesellschaftliche Reichtum?** Warum ist der Staat immer mehr „sozialer Reparaturbetrieb“ geworden, und warum kann er es immer weniger sein?

Auf der Suche nach Antworten wird zunächst eines klar: Es geht um Verteilungsfragen. Daneben wird klar, dass mit der Massenarbeitslosigkeit in kolossalen Größenordnungen gesellschaftlicher Reichtum zerstört wird. Statt ausreichend Einnahmen von möglichst vielen Beschäftigten zu erhalten, muss sich der Staat in niedrige Lohnersatzleistungen flüchten und seine Schuldenlast ständig vergrößern.

Die Hauptursache der sozialen Misere ist darin zu sehen, dass die enormen Wertschöpfungen infolge des rasch voranschreitenden Produktivitätsfortschritts nicht den sozialen Handlungsspielraum des Staates erweitern, sondern vorrangig genutzt werden, um die satten Gewinne von Finanzkapital und Konzernen noch weiter zu steigern. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen zwischen 1990 und 2002 – inflationsbereinigt – um satte 40 %. Die Gewinne von Kapitalgesellschaften stiegen um 75 %, Löhne und Gehälter wuchsen lediglich um 7 % (brutto!), danach immer geringer. Die so genannten abhängig Beschäftigten hatten schon 2004 ein knappes Prozent weniger an Einkommen, als vor 14 Jahren, also 1990.¹⁷ Die Gewinn- und Vermögenseinkommenbezieher hatten dagegen rund 50 Prozent mehr.

Bundeskanzler Schröder gab wiederholt die Binsenweisheit von sich, dass nur verteilt werden könne, was vorher erwirtschaftet wurde. Gewiss, aber es wird

unterschiedlich und ungerecht verteilt! Vom gesamten Wirtschaftswachstum seit 1990 in Höhe von 270 Mrd. Euro jährlich hatten die Arbeitnehmer überhaupt nichts. Da in der genannten Lohnsumme auch die Gehälter der Spitzenmanager, ihre riesigen Abfindungen und Zuwendungen einfließen, hat ein erheblicher Bevölkerungsteil seit langem immer weniger Geld zu seiner Verfügung.¹⁸

Daneben gibt es aber noch Immobilien, (1998 rund 7,3 Billionen DM Immobilienvermögen und 1,3 Billionen DM Gebrauchsvermögen).¹⁹ Hinzu kommen die Betriebsvermögen. Es gibt keineswegs zufällig überhaupt keine Statistik über das Privateigentum an Produktionsmitteln!

Die Beseitigung der sozialen Nöte bei einem Verhältnis von nicht einmal 1:100 im Verhältnis Sozialhilfe zu privaten Vermögen, wäre eine peanuts-Frage und auf den Konten der Kapitaleigner und „global player“ überhaupt nicht spürbar!

Nichts gegen Besitz von Geld, wenn es durch eigene Leistung erarbeitet wurde! Aber wegen des extremen Wachstums des Vermögenssektors und seine geringfügige oder ausbleibende Besteuerung bleibt für den Lohnsektor und den Staat immer weniger übrig. So wird es für 90% der Bevölkerung immer „enger“. Die Umverteilung von unten nach oben beträgt rund 400 Mio. Euro täglich!²⁰

Ein Vorstandsmitglied in einer im Dax orientierten Firma verdiente 2002 1,25 Mio Euro durchschnittlich, 90 000 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Daimler/Chrysler erhöhte trotz aller Fehler der Manager deren Bezüge um 130% auf 3,7 Mio Euro. Ackermann von der Deutschen Bank wurden die Bezüge von 6,9 Mio € 2002 auf 11 Mio € 2004 erhöht. Skandale kommen immer öfter ans Tageslicht, wie bei VW!

Auf der anderen Seite leben 1,1 Mio. deutsche Kinder nach offiziellen Angaben unterhalb der Armutsgrenze, in Berlin betrifft das rund 23 % der Kinder! Über 10% der Bevölkerung gelten als arm. 25 % der Haushalte haben überhaupt kein Geldvermögen.²¹

Andy Xie von der Kapitalberaterfirma Morgan Stanley meinte im März 2005, das Hauptproblem der Welt bestünde darin, dass es **zu viel Geld** gebe. Seine Besitzer

¹⁷ Dieter Klein, a.a.O.

¹⁸ Harald Schumann, a.a.O.

¹⁹ Wochenblatt des DWI Nr. 37/19999

²⁰ Vgl. Armut und Reichtum in Deutschland, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 29/30 – 2002; W. Rügemer, „Armut und Reichtum im neuen Deutschland“, taz 11.02.04; W. Belitz, „Mehr Licht – Die öffentliche Diskussion über Reichtum in Deutschland hat begonnen“, in: AMOS-Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, Nr. 1/1998; J. Böhling, „Geld, Wachstum und Umverteilung des Reichtums“, in: Attac, Regionalgruppe Coburg; Armutskonferenz Bericht 2001; J. Granzow, „Ist Deutschland reich oder arm?“ Mietercho Berlin April/Mai 1999

²¹ Dieter Klein, a.a.O., Seite 2

wüssten kaum noch, wo sie ihre Geldschwemme gewinnträchtig anlegen sollen.²²

Wie makaber angesichts des Massenelends in der Welt!

Wie Lothar Späth schon Mitte der 90er Jahre vor der Evangelischen Akademie in Bad Böll sagte: „Das Geld ist bei jenen, die es nicht ausgeben! Noch krasser drückte sich Heiner Geissler aus: „Den Menschen zeigt sich die hässliche Fratze eines unsittlichen und auch ökonomisch falschen Kapitalismus, wenn der Börsenwert und die Managergehälter – an den Aktienkurs gekoppelt – umso höher steigen, je mehr Menschen wegrationalisiert werden.“²³

Laut 2. Armuts- und Reichtumsbericht der rot-grünen Bundesregierung verfügten im Jahre 2003 50% der „unteren Haushalte“ über etwas weniger als 4 % des Nettovermögens der Deutschen. Die vermögensstärksten 20 % der Haushalte vereinten 2/3 des gesamten Volksvermögens auf sich. Auf das oberste Zehntel entfallen 47 % des gesamten Nettovermögens – 2 % mehr als 1998.

Das alles besagt: Deutschlands Achillesferse ist keineswegs die höhere Lebenserwartung der Menschen, sondern die ungerechte Verteilung des Geldbesitzes und der Wertschöpfungsergebnisse, die katastrophal hohe Staatsverschuldung im Ergebnis hoher Unternehmerprofite und kapitalistischer Globalisierung, die zu einem ständigen Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit geführt haben und sie ständig vergrößern.

Welche politische Richtung auch regieren mag, sie wird Millionen Deutschen keine Arbeit geben können, den Staat noch weiter verschulden müssen und bisherige Sozialstandards noch mehr abbauen, wenn keine Korrekturen des Systems erfolgen. Die unaufhaltsam fortschreitende Automatisierung und Technisierung bedingt, dass es immer weniger an einträglicher lebendiger Arbeit zu verteilen gibt. Das ist nicht nur in Deutschland so. Der heutige Kapitalismus kann heute schon für 15 Milliarden Menschen Waren und Dienstleistungen bereitstellen. Es gibt aber nur 6,3 Mrd. Erdenbürger, von denen nur jene in den entwickelteren Ländern ausreichend Waren und Dienstleistungen erwerben können. Es hat sich also eine nicht mehr zu bändigende Überproduktion entwickelt. Die Folge: Unaufhörliche Massenentlassungen, die wiederum zur Reduzierung der zahlungsfähigen Nachfrage führen. Diese tödliche Spirale hat einen fortgeschrittenen Stand erreicht. Nur noch für 20 – 25 % der Erwerbsfähigen können erträgliche Jobs bereitgestellt werden. Das war die im Konsens dargelegte Auffassung der 500 reichsten und mächtigsten

²² „Eine Welt voller Blasen“, in: DER SPIEGEL“, 2005, Heft 13, S. 82

Kapitaleigner und Manager auf einer geheimen und total abgeschirmten Konferenz über die Zukunft der Arbeit und der Welt überhaupt. Sie fand 1995 in San Franzisko statt. Jeremy Rifkin hat Ende 2001 in seiner Untersuchung „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ daran angeknüpft, die scheinbar unaufhaltsame Katastrophe und mögliche Auswege seriös und aufregend zugleich recherchiert.²⁴ Auch wer es nicht wahrhaben will: Niemals mehr wird es gravierend mehr Arbeit geben – so es nicht zu grundlegenden Korrekturen und Reformen im Gesamtsystem kommt! Das demonstriert auch die deutsche Wirklichkeit: Von 39 Mio. Beschäftigten in Deutschland zahlen nur 26,4 Mio. Steuern und Abgaben. Seit Januar 2005 steigen die Staatsschulden in jeder Sekunde um 1.714 Euro. Ende des Jahres wird die Gesamtstaatsverschuldung eine Höhe von 1,46 Billionen Euro erreicht haben. Würde der Staat verpflichtet, keine Kredite mehr aufzunehmen und jeden Monat 1 Mrd. Euro zur Schuldentilgung einzusetzen, so würde dieser Prozess 122 Jahre dauern! Finanzminister Eichel musste im Jahre 2004 43,5 Mrd. Euro Nettoneuverschuldung verantworten. 41 Mrd. Euro gingen aber sofort für Zinseszinszahlungen an jene weg, bei denen der Staat uferlos verschuldet ist. Mitte 2004 war der deutsche Staat mit 525 Mrd. Euro bei Kreditinstituten und mit 539 Mrd. Euro im Ausland verschuldet. Hinzu kamen 290 Mrd. Euro, die dem Staat von Privatleuten, Bausparkassen und Versicherungen mit bestimmten Laufzeiten zur Verfügung gestellt wurden. Der Bund muss jeden 5. Euro, den er durch Steuern einnimmt, für Schuldzinsen ausgeben. Die Schulden von heute sind aber die Steuern von morgen, womit **hier** das entscheidende Generationen- und Nachhaltigkeitsproblem entsteht.²⁵ Die Schuldenuhr am Hause des Bundes der Steuerzahler tickt und tickt...

Das für Zinszahlungen weggehende Geld fehlt dem Staat, um seine eigentlichen Aufgaben zu erfüllen, nicht zuletzt seine sozialpolitischen, womit wir wiederum bei der uns beschäftigenden Frage einer solide finanzierten Seniorenpolitik sind. Die hohe Staatsverschuldung ist es, die sich auf die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates, die Stabilität der Sozialsysteme und nicht zuletzt der Altersversorgung so verheerend auswirkt! Die SPD hat es im April 2005 reichlich spät erkannt, nachdem sie vergeblich versucht hat, mit „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ dem finanziellen Staatsdilemma zu entkommen. Nun forderte sie eine höhere Besteuerung der

²³ Heiner Geissler, „Wo bleibt Euer Aufschrei?“ in: „Die Zeit“ vom 11.11.2004.

²⁴ Vgl. Martin/Schumann, Die Globalisierungsfalle, Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Rowohlt-Verlag 8.Auflage Hamburg 1996, Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Fischer – Verlag 2001

²⁵ Nachzulesen im Internet unter www.bund-der-steuerzahler.de /Die Höhe der Staatsschulden

Vermögenden, eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung, höhere Erbschaftssteuern, Einführung der Tobinsteuer (Besteuerung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs) Maßnahmen gegen das uneingeschränkte Agieren der Hedge Geldfonds in der Welt, die nationales politisches Handeln in Frage stellen. Die Forderung nach Wiederherstellung des Primats der Politik über die Ökonomie wird wieder lauter erhoben. Auch Bundespräsident Köhler sieht die Gefahr, dass die Globalisierung zum „Monster“ wird.²⁶ Leider hat man die hervorragende Analyse im immer noch gültigen Berliner Grundsatzprogramm der SPD vom Dezember 1989 über 15 Jahre totgeschwiegen. Darin heißt es:

„Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr... Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. .. Der Staat wird zum überforderten Reparaturbetrieb. Er soll durch soziale Nachsorge oder nachhinkenden Umweltschutz reparieren, was durch ökologisch und sozial unverantwortliches Wirtschaften zerstört wurde....

Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften lässt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“²⁷

Wie besser könnte man eigentlich die jetzige Situation und das, was zu tun ist, formulieren?

Heute sind es einsichtige Kapitalisten – die sich auch als solche bezeichnen – die Systemprobleme und –schwächen offen ansprechen. Sie wollen ja ihr System erhalten! Schon der deutsche Großindustrielle Bosch schrieb Ende der 20er Jahre in einem Aufsehen erregenden Buch „Leben und Leistung“: „Man kann in der bisherigen Arbeitszeit alle Arbeitsfähigen nicht mehr beschäftigen. Aber es handelt sich darum, möglichst alle in Arbeit zu halten. Denn die Beschäftigungslosen müssen verkommen, körperlich und seelisch. Das Radikalmittel heißt: Herabsetzung der industriellen Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden. Und zwar muss der Kapitalist in der Lösung dieser Frage vorangehen, er muss sich ‚anpassen‘...“.²⁸ Welche Arbeitsstundenzahl würde wohl Bosch für die heutige Wirtschaft empfehlen?

In den letzten Jahren nimmt die Zahl der einsichtigen Milliardäre wieder zu. Carla Fiorina, frühere Chefin von Hewlett-Packard, im Frühjahr 2005 Kandidatin für den

²⁶ DER SPIEGEL vom 24.07.2005.

²⁷ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1989

²⁸ Robert Bosch, Leben und Leistung, Stuttgart 1929, S. 439

Posten der Weltbankchefin, und andere Kapitalvertreter haben auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos im Januar 2004 gefordert, mit dem „Raubtierkapitalismus“ Schluss zu machen, die gesellschaftlichen Gefahren zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Ansonsten könnte weltweit die Demokratie in Gefahr geraten. Als Erstes schlug sie vor, dass die Milliardäre 2% ihres Einkommens umgehend der Volkswohlfahrt zukommen lassen.²⁹

Heute klagt der weltbekannte Milliardär und Spekulant George Soros, alles andere, als ein Kapitalismusfeind, dass man sich durch den „bedingungslosen Glauben an die selbstregulierende Macht des Marktes habe blind machen“ lassen. „Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir die weltweiten Finanzmärkte so weit wie möglich regulieren wollen oder ob wir es jedem Land selbst überlassen, seine Interessen zu schützen. Wählen wir den zweiten Weg, so wird das mit Sicherheit zum Zusammenbruch des gigantischen Kreislaufs führen, der unter dem Namen kapitalistisches Weltsystem firmiert.“³⁰ Der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, befürchtet, dass man „den Preis für das gierigste Jahrzehnt der Geschichte“ zahlen müsse.³¹

Liebe Kollegen: Wer immer noch vor „zu viel Kapitalismuskritik“ zurückschreckt und schon gar nicht mehr gewohnt ist, den Begriff „Kapitalismus“ zu benutzen, dem sei hiermit gesagt: Das ist kapitalistische Selbstkritik von Superreichen!

Auch die Gewerkschaften nehmen zunehmend Abstand von ihrer „Stillhalteposition in Systemfragen.“ So heißt es im Aufruf zum ver.di-Perspektivenkongress vom Mai 2004 unter der Überschrift „Es geht auch anders!“ : „Wir erleben eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft: Menschen werden aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt oder in prekäre Beschäftigung abgedrängt, die Ungleichverteilung von Lebens- und Beteiligungschancen wächst und die Schieflage bei Vermögen und Einkommen nimmt zu... Der Sozialstaat wird mit gezielten Kampagnen in seinen Fundamenten angegriffen.“ Na endlich, möchten wir sagen!

Zu viel Senioren – zu wenig Geld ?

²⁹ „Berliner Zeitung“ vom 21.01.2004

³⁰ G: Soros, Die Krise des globalen Kapitalismus, Fest-Verlag Bln. 1998, S. 222/223

³¹ Nach: „Die Zähmung des Monsters“, in: „Der Spiegel“ Nr. 27/2005, S. 108 ff.

Heute leben rund 20 Millionen Rentner in Deutschland, im Jahre 2020 werden es 22 Millionen sein. Deutschland zählt gegenwärtig 82,54 Mio. Einwohner³². Die Einwohnerzahl wird bis 2050 auf 75 Mio. Bürger absinken – vor allem wegen der extrem niedrigen Geburtenrate von 1,26 %, zunehmender Abwanderung von Deutschen in das Ausland und trotz einer zunehmenden Lebenserwartung heutiger und noch mehr künftiger Generationen. Deutschland wird eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Europas und der Welt bleiben – allen Unkenrufen zuwider.

Gewiss, es werden zu wenig Kinder geboren, und hier sollte man energischer ansetzen: Warum wollen junge Männer und Frauen keine Kinder? Die Angst vor schlechteren Jobchancen spielt gewiss eine Rolle, die bisher schlechte oder zu teure Kinderbetreuung für berufstätige Frauen in den alten Bundesländern, aber auch mentale Haltungen und Lebenseinstellungen. Man will sein Leben „genießen“, so wie es von der Boulevardpresse und den Medien mit der Jugendkultwelle gefördert wird. Hier geht es aber um eine ganz wichtige Zukunftsfrage in Deutschland. Junge, gut ausgebildete Leute könnten sich – entgegen dem, was ihnen im Moment eingeredet wird, nach 35 oder 40 Jahren Arbeitsleben durchaus eine eigene Rente finanzieren. Voraussetzung: Es muss einträgliche Arbeit vorhanden sein, nicht nur krampfhaft vom Staat finanzierte Minijobs, sondern von den großen Unternehmen mit ihren Superprofiten ordentlich finanzierte Vollzeit Arbeitsplätze in **Deutschland!** Welche Rente soll denn ein Minijobbezieher einmal erhalten, wenn er zum Senioren wird?

Zu viele Senioren? Demografische Entwicklungen sind durchaus nicht bedeutungslos. Nur: Es gibt keinerlei Grund zu Panikattacken!

Die Zahl älterer Menschen in Deutschland nimmt, wie auch in anderen Ländern, zu. Der Anteil der über 60-jährigen betrug 2001 etwa ein Viertel der deutschen Gesamtbevölkerung. Halbwegs seriöse Prognosen gehen davon aus, dass es erst im Jahre 2050, also in 45 Jahren (!) ein Drittel sein wird. Erste spürbare Auswirkungen der demografischen Entwicklung wird es erst nach 2020 geben! Man begründet den Sozialabbau bei den Senioren also mit fragwürdigen Voraussagen über das Ist im Jahre 2005, um den Sozialabbau im heutigen Deutschland zu begründen! Klar: Es geht um die Rechtfertigung des neoliberalen Kurses und seine weitere Verschärfung und um nichts Anderes! Der brave deutsche Durchschnittsbürger wird

³² „Berliner Zeitung“ vom 30.06.05

es schon hinnehmen, glaubt man zu wissen. „Alles, was den angeblichen Generationenkonflikt entschärft und entlastet, wird unter den Tisch gekehrt. Die über dieses Problem urteilenden ‚Richter‘ unter unseren Meinungsführern lassen die entlastenden Fakten einfach unter den Tisch fallen“, so Albrecht Müller in seinem Aufsehen erregenden Buch „Die Reformlüge“.³³

Vor allem die überzeugende und nicht zu widerlegende Broschüre „Mythos Demografie“ des ver.di – Bundesvorstandes vom Oktober 2003 kann allen Senioren, auch den gewerkschaftlich nicht organisierten, eine große Hilfe sein, wenn es darum geht, alle Lügengespinste in Sachen „Überalterung“ zu zerreißen!³⁴

Bis dato hat Deutschland noch keines der viel bemühten strukturellen Alterungs- und Demografieprobleme, so Thomas Fricke 2003 in der „Financial Times“.³⁵

Aufgrund des Produktivitätsfortschritts kommt es auch künftig keineswegs zu einer höheren Belastung der Gesellschaft durch den Alterungsprozess. Man bedenke nur: Gegenüber dem Jahre 1960 wird in den alten Bundesländern heute in nur gut 80% der Arbeitsstunden ein mehr als dreifach so hohes Bruttoinlandprodukt geschaffen. Bis 2050 wird die Produktivität ein Plus von 135 % verzeichnen. Wird heute je Einwohner ein Reichtum von 25.000 Euro neu geschaffen, werden es bei gleich bleibender Erwerbsquote von 69 % im Jahre 2050 mindestens 52.000 Euro sein. Eine Steigerung von mehr als 100 Prozent! Wird die Rente etwa entsprechende Steigerungsraten erwarten können? Wohl nicht andeutungsweise! Also: **Die Produktivitätsentwicklung schlägt die Demografie** und widerlegt alle mythischen Lügengebilde!³⁶

Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und eine sozial gerechtere Verteilung der Ergebnisse des Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen Wertschöpfung - das sind die Kernfragen für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, auch jener der Senioren!

Der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Herbert Rische, äußerte sich zur auf die Demographie bezogenen Reformdemagogie wie folgt: „Heute drängt sich der Eindruck auf, dass jede Politikergeneration die anstehenden Probleme (etwa des demographischen Wandels) neu für sich entdeckt und so tut, als ob man wieder bei null anfangen müsse... Wenn man immer wieder einschneidende

³³ Albrecht Müller, Die Reformlüge, Stuttgart/Berlin 2004, S. 1039

³⁴ „Mythos Demografie“, herausgegeben vom Bereich Wirtschaftspolitik des Bundesvorstandes von ver.di, verantwortlich: Margret Mönig-Raane, Berlin 2003

³⁵ Nach: ebenda, S. 1

³⁶ Ebenda, S. 14

Reformmaßnahmen beschließt, ein paar Jahre später aber so tut, als ob die Probleme unverändert geblieben wären, wird auch der reformwilligste Bürger irgendwann einmal fragen, wozu diese ständigen Veränderungen eigentlich gut sind.“³⁷

Gerade in der heutigen Situation erscheint diese Feststellung besonders aktuell!

Die Demografie ist bislang und auf mittlere Sicht keineswegs die **Ursache**, wie wir gesehen haben, sondern lediglich der **Vorwand** für breite soziale Verschlechterungen.

Die Spielräume zur Finanzierung des Sozialstaates und zu einer gerechteren Behandlung der Senioren werden in Wirklichkeit größer und nicht kleiner! Es gibt keinen plausiblen Grund und kein Recht, um die Senioren als sozialpolitische Verfügungsmasse zu behandeln!

Gefordert ist ein grundlegender Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik! Der ehemalige Bundespräsident Rau sagte am 6. November 2003 vor der Synode der EKD: „Politik, die nicht zum Ziel hat, das Leben der Menschen menschlicher zu machen, soll sich zum Teufel scheren, egal, ob sie rot oder schwarz oder grün ist!“

Es geht nicht um betriebswirtschaftliche, steuerpolitische und verwaltungstechnische Scheinlösungen, wie man uns seitens der Konservativen vermehrt weis zu machen versucht. Viel wird seit geraumer Zeit zwecks Begründung der Politik fortschreitenden Sozialabbaus über **Generationengerechtigkeit** geredet. Dabei tut man alles, um den Menschen zu suggerieren, dass dieses vor allem eine höhere Belastung der älteren Generation und eine Entlastung der jüngeren bedeuten müsse. Generationengerechtigkeit, so sagt schon das Wort, heißt jedoch Gerechtigkeit für alle Generationen. Noch gravierender ist, dass man die Generationengerechtigkeit zum Synonym für die soziale Gerechtigkeit insgesamt machte bzw. sie über Gerechtigkeitsdimensionen stellte. Soziale Gerechtigkeit bedeutet jedoch Verteilungsgerechtigkeit, also starke Schultern sind stärker zu belasten, als Niedrigverdiener oder Rentner, wie die SPD jetzt im Wahlkampf 2005 betont.

Wer als junger Mensch Jahrzehnte hohe Beiträge gezahlt hat oder zahlt, sollte auch künftig im Alter eine angemessene Gegenleistung erwarten dürfen. Angesichts des permanenten Leistungsabbaus, der mit dem Nachhaltigkeitsgesetz von 2004 und mit der ab 2005 verschärften Rentenbesteuerung in großem Stil weitergeführt wird, ist diese Gegenleistung bereits jetzt in Frage gestellt. Die zunehmende Orientierung auf private Vorsorge belastet Arbeitnehmer und entlastet durch Wegfall von

³⁷ Die Angestelltenversicherung, 2004, Heft 1

Arbeitgeberanteilen die Besitzenden. Wer heute erwerbstätig ist, müsse sich in 40 Jahren mit einer durchschnittlich um 15 % gegenüber der heutigen Situation gekürzten Rente zufrieden geben, so argumentieren die von großen Versicherungen gesponserten Experten für „private Vorsorge“. ³⁸

Gibt es keine wirklichen Auswege aus dem Dilemma? Doch, die Suche nach tragfähigen Alternativen hat begonnen, nicht nur über die Bewegung der Globalisierungsgegner Attac, der auch ver.di als Kollektivmitglied angehört! Auf der SPD-Konferenz „Soziale Marktwirtschaft“ Anfang Juni 2005 wurde seitens Schröder und Müntefering nicht nur heftige Kritik an den Auswüchsen des Turbokapitalismus, am Treiben der „Heuschrecken“ geübt. Gesine Schwan, Präsidentin der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder entwickelte dort den Gedanken, dass man über „good government“-Vereinbarungen zwischen klug agierenden Kapitalvertretern und klug verhandelnden Regierungen zu einvernehmlichen Lösungen in Richtung gerechterer Verteilung der Wertzuwachssummen kommen könne. Das würde auch eine Systemstabilisierung zeitigen.

Zweifellos sind auch die Gewerkschaften besonders gefragt, tragfähige soziale Alternativen, wirkliche Reformen zu erarbeiten und für ihre Realisierung zu kämpfen. 2002/2003 forderte Michael Sommer immer wieder, dass die Gewerkschaften „die Meinungsführerschaft in sozialen Fragen“ zurückgewinnen müsse, was leider nicht gelang.³⁹ Die Konservativen und ihre Medien- und Beraterzentren tun gerade in der jetzigen, neuen Situation alles, um eine kämpferische Kehrtwende der Gewerkschaften zu verhindern. Sie sind sich ihres Erfolges ziemlich sicher.⁴⁰ Als Michael Sommer nach einer kämpferischen Rede vor dem Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU im Juni 2005 lautstark gefeiert wurde, raunte der neue Vorsitzende Laumann vor den ZDF-Kameras: „Der soll mal sehen, was passiert, wenn wir erst die Macht haben!“ Es wird also nicht leichter werden. Kluge Gegenwehr ist angesagt!

Senioren in unserer Gewerkschaft

Allgemein ist es so, dass mit dem Älterwerden der Mensch immer größere Einsichten und Erfahrungen hat. Kommen zur Lebens- und Betriebserfahrung noch gesellschaftliche Aktivität und PC-Kenntnisse hinzu, ist man nicht selten vielen

³⁸ „Deutsche Angestelltenversicherung“ Heft 5/2005, S. 257

³⁹ ARD-Videotext – Archiv 5.03.02, S. 124

jungen Mitbürgern überlegen. Die Senioren sind der in Deutschland aktivste politische Faktor, was das Lesen von Büchern und Zeitschriften, das kritische Ansehen politischer Fernsehprogramme, das Teilnehmen an Kundgebungen und Demonstrationen und vor allem die Teilnahme an Wahlen anbelangt. Letzteres sicherte z.B. Rot-Grün 1998 und 2002 den Wahlerfolg! 20 Mio. Wähler werden auch im Jahre 2005 eine von keiner Partei zu unterschätzende Größe sein!

Wenn man aber das von den Medien und manchen jüngeren, „nach oben“ strebenden Politikern vermittelte Bild nimmt, da sind die Senioren eine Art „Endzeitgruppe“, die man nicht mehr ernst nehmen muss.

In der so genannten politischen Klasse und in großen Teilen von gezielt Stimmung machenden Medien sind die Senioren offensichtlich:

- 1.) eine Bevölkerungsgruppe, die nichts mehr produziert, aber immer mehr kostet, was angeblich Deutschlands wirtschaftliche und soziale Stabilität bedroht;
- 2.) eine Gruppe, die nicht mehr streiken kann, mit der man nicht wegen der Tarifverträge verhandeln muss. Es gibt hin und wieder ein „Bündnis für Arbeit“, aber kein „Bündnis für Renten“;
- 3.) eine Gruppe, die nicht mehr kraftvoll politisch organisiert ist, die man „ausgesondert“, aufs „Altenteil“ abgeschoben hat, die „Innovationen“ behindert;
- 4.) eine Gruppe, die wenig in die Jugendkultmasche passt, wenig attraktiv, eben alt und zunehmend gebrechlich ist;
- 5.) eine Gruppe, die man nur kurz vor Wahlen etwas ernster nehmen muss, denen man aber ansonsten Mandate und Funktionen in diskriminierender Weise versperrt. Man könnte ja jungen, willfähigen Karrieristen im Wege stehen. „Verjüngung“ heißt die herrschende Losung!
- 6.) eine Gruppe, die mit ihren Ratschlägen behelrend und rumnörgelnd nur Nerven von Amtsträgern und Funktionären kostet;
- 7.) eine Gruppe, die nach Meinung der einen immer länger arbeiten soll, um die Rentenzahldauer zu reduzieren, denen man aber den Zugang zur Arbeit schon ab 55 versperrt!
- 8.) Eine Gruppe, die auf Kosten der Jüngeren ein Wohllleben führt, sich Weltreisen leisten kann und Vieles mehr.

⁴⁰ Vgl. „Gewerkschaften vor der Wahl“ in: „Berliner Zeitung“ vom 13.07.05

Altsein wird gleichgesetzt mit Stagnation, krank und handlungsunfähig sein, mit wegen Siechtum ausufernden Gesundheitskosten auf Kosten der Jungen. .Das ist eine schlimme, mit der Realität in keiner Weise konform gehende Sicht! Nur 5 % der Senioren leben in Seniorenheimen, aber wenn man sich manche Fernsehberichte anschaut, da müssten es mindestens 10-mal so viele sein!

Einer solchen Sicht sollten sich unsere Gewerkschaften noch energischer entgegenstellen! Programmatische Zerstrittenheit, handlungspolitisches Vakuum, widerstandslose Hinnahme von durch „die Politik“ getroffenen Entscheidungen zu Seniorenfragen – das sollte der Vergangenheit angehören. Und das Protestpotential der Senioren ist groß! Es geht um Menschen mit großer Lebens- und politischer Erfahrung, um Menschen, die zunehmend noch viele Jahre gesund und rüstig sind und die – nicht zuletzt - Zeit für gesellschaftliche Arbeit und Interesse an ihr haben. Das wird mit ihrer wachsenden Zahl noch zunehmen! Mehr als jeder dritte 50 - 59-jährige ist ehrenamtlich für die Gemeinschaft tätig, 26% der über 60-jährigen und noch 21% der über 75-jährigen.⁴¹ 16,4 % der ver.di-Mitglieder sind Senioren, und es werden immer mehr. Würden wir alle aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Gewerkschaftsmitglieder in den Ortsgruppen und in der Seniorenarbeit begrüßen können, wäre das ein Faktor von gravierender Größenordnung!

Die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme der Senioren auf allen Ebenen der politischen Meinungsbildung und – entscheidung ist für uns ein **Schlüsselproblem**. Der Stellenwert der Senioren in der Gesellschaft muss angehoben und der nötige Gestaltungsrahmen dafür baldigst geschaffen werden, nicht nur in der Kommune, wo das schon ganz gut gelingt, sondern bis hoch in die Parteiführungsgremien, in den Bundestag, in die Landes- und Bundesregierungen. Ältere Menschen sind doch die besten Anwälte in eigener Sache! Sie kennen ihre Ansprüche in Fragen des Wohnens, der Gesundheit, des Konsums, des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Darüber sollten sie mitentscheiden können!

Warum sollte es also keinen Bundesseniorenrat geben, der Gesetze mitbestimmt, wie in anderen Ländern, wenn es um Seniorenprobleme geht?

Eine ausgewogene Verteilung der Rechte und Pflichten ist generationenübergreifend notwendig und unseres Erachtens durchaus machbar.

Vor allem die jüngeren Generationen sollten anerkennen: Nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben kümmern sich die Senioren in großem

⁴¹ Nach Angaben der Bundesministerin Renate Schmidt auf dem Deutschen Seniorentag in

Umfange um Kinder und Enkelkinder, geben so den Jüngeren erst die Chance zur Arbeit. Sie greifen trotz aller Einschnitte den jüngeren Familienangehörigen unter die Arme. Viele sind sportlich und kulturell aktiv. Ohne die Seniorenvereine, Seniorenbeiräte und Sozialkommissionen würde in vielen Kommunen so Manches im Argen liegen. Heute wollen die Senioren den Jungen helfen, in einer zunehmend krisengeschüttelten Gesellschaft ihren Platz zu finden und den ihnen folgenden Generationen ein stabiles Fundament des Lebens zu hinterlassen. Keiner lebt ewig, jeder wird älter, jeder hat wenigstens eine Altersgruppe vor sich und eine hinter sich!

Die Gewerkschaft ver.di und der DGB haben zu allen „Reformprojekten“ der letzten Jahre kritisch Stellung genommen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Sozialabbau organisiert. Wenngleich man Rot-Grün ideell näher stand und die Regierung Schröder keineswegs stürzen wollte: Kritik an der „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ hat es reichlich gegeben.

Mit dem Perspektivenkongress von ver.di im Mai 2004. sollte offenkundig ein neuer Aufbruch an inhaltlicher Orientierung gestartet werden. Immerhin heißt es in seinem erstaunlich deutlichen Aufruf **„Es geht auch anders!“**, der bereits zitiert wurde, u.a.: „Der Sozialstaat wird mit gezielten Kampagnen in seinen Grundfesten angegriffen. Auf Kritik reagieren Politiker und Ihre Berater aus der Wirtschaft einsilbig ‚Weiter so! Es gibt keine Alternative‘. Das ist ... schlechweg falsch. Weder auf Globalisierung noch auf das Älterwerden einer Gesellschaft muss mit der ‚betriebsbedingten Kündigung‘ der Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren reagiert werden... Das Wort ‚Reform‘ bedeutet heute fast immer Kürzungen und Einschnitte, die auf einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft zielen... Bieten wir der angeblichen Alternativlosigkeit die Stirn! Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind möglich!“

Der Kongress war ein Erfolg, seine Ergebnisse sollten gerade in der sich verschärfenden gesellschaftlichen Debatte noch viel stärker genutzt werden!

Am Rande sei angemerkt: Bei seinen 15 Themenfeldern kamen in der Vorbereitung des Kongresses die Senioren allerdings überhaupt nicht vor. Es konnte durch eine Aktion des Landesseniorenausschusses von ver.di Berlin-Brandenburg in letzter Minute „repariert“ werden. Ein Vertreter unseres Arbeitskreises trat auf dem Kongress auf, andere Mitglieder nahmen teil.

Das Zusammenwirken der Gewerkschaften, ihrer Führungen und ihrer breit gefächerten Seniorenstrukturen mit den Sozialverbänden könnte die Kampfkraft derer, die für soziale Gerechtigkeit generell und besonders für die Seniorengenerationen eintreten, beträchtlich erhöhen. Eine neue Massenwirksamkeit unserer Aktionen könnte die Folge sein! Wirksame Aktionen und Erfolge im sozialen Verteidigungskampf, die zu entsprechenden Gesetzen führen, sind gefragt!

Das bereits genannte DGB-Papier „Deutschland sozial gestalten“ mit gewerkschaftlichen Anforderungen an die Programme der Parteien im Bundestagswahlkampf 2005 zeugt vom Willen der Gewerkschaften, sich weit energischer in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzumischen. Der Mensch dürfe nicht als „Kostenstelle“ behandelt werden. Er habe Anspruch auf existenzsichernde Arbeit. Die faktisch von einer Großen Koalition verabschiedeten Arbeitsmarktreformen seien in den Augen der Menschen keine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wörtlich heißt es: „In der Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts muss festgestellt werden, dass angesichts des massiven Marktversagens das Primat der Politik wieder hergestellt werden muss. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Dazu muss die Politik klare Regeln vorgeben – national, europäisch und weltweit. Ein hoher Beschäftigungsgrad, Wohlstand für alle und soziale Gerechtigkeit sind die Merkmale einer Politik, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

Der DGB will die Wahlprogramme der Parteien und ihr Handeln an den von ihm formulierten sozialen Zielpunkten messen und bewerten. Das ist das richtige Auftreten gegenüber jenen, für die unsere Gewerkschaften „eine Plage“ sind, die man abschaffen müsse. Gegen die Macht der Neokonservativen und Neoliberalen, ihren Versuch, Deutschland in einen Arbeitgeberstaat zu verwandeln, sollten wir uns mit ganzer Kraft stemmen! Wir sollten für Lösungen eintreten wie Bürgerversicherung, Wertschöpfungsabgabe, Vermögenssteuer, Gewinnbesteuerung, Erbschafts- und Tobinsteuer, gesetzliche Kontrolle der Hedge Fonds usw. Wir sollten insbesondere unsere Kräfte in Großaktionen gegen noch schlimmere neoliberale Angriffe in Sachen Rentenbemessung einsetzen, wo besonders unsere ostdeutschen Mitbürger immer noch besonders negativ betroffen sind. Es geht um die Zurückweisung des von der CDU privilegierten sozial zutiefst ungerechten Kopfpauschalenmodells im Gesundheitswesen. Es würde ja wiederum vor allem die Rentner treffen, denn sie können keinen Ausgleich durch niedrigere

Rentenversicherungsabgaben bekommen, weil sie von diesen nicht mehr betroffen sind! Der ver.di-Programmentwurf „Aufbruch in die Zukunft – Gesellschaft und Arbeitswelt europäisch und sozial gerecht gestalten“ sollte von der gesamten Mitgliedschaft diskutiert werden! Der Programmentwurf strebt eine „solidarische Gesellschaft an, die allen die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben und an den politischen Entscheidungsprozessen bietet. Weil Teilnahmechancen eng mit den materiellen Möglichkeiten des Einzelnen verbunden sind, treten wir für eine Politik ein, die eine Vermeidung von Armut und die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen erzielt.“⁴² Leider sind auch in diesem Programm die Fragen der Senioren wieder außen vor gelassen! Das kann man sicherlich noch ändern!

Das Seniorenpolitische Programm von ver.di fordert einheitliche Sozialstandards für die Mitgliedsländer der EU. Auch dafür sollte man energisch eintreten!

Ver.di verfügt über ein breit gefächertes Netz von Seniorenvertretungen, Ausschüssen und Arbeitskreisen, das auf inhaltliche Ausrichtungen wartet und auf eine Beibehaltung und weitere Verbesserung der Betreuung durch die hauptamtlichen Funktionäre hofft.

Konsequenzen sollte man aus der Tatsache ziehen, dass knapp 11,5 % der Senioren in Altersarmut leben⁴³, was es ihnen erschwert, an den vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen unserer Gewerkschaft, an der Tätigkeit der , Arbeitskreise und Seniorenclubs, an Seminaren usw. teilzunehmen. Wir wollen möglichst viele Senioren an unserer Arbeit beteiligen!

Wir Senioren sollten die Kraft von über 20 Millionen Wählern einsetzen, um gemeinsam mit den anderen sozial und demokratisch gesinnten Bürgern den konservativen Heilspredigern den Weg zu versperren!

⁴² Liegt bis jetzt als Arbeitsmaterial vor

⁴³ „Berliner Zeitung“ vom 29.01.2005; 2.Arbeits- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 21